

Erscheint Dienstag Donnerst., Samstag und Sonntag mit der wöch. Beilage „Der Sonntags-Gast“.

Bestellpreis für das Vierteljahr im Bezirk u. Nachbarschaftsbezirk M. 1.15, außerhalb M. 1.25.



Blus den Tannen

Amtsblatt für Altensteig, Stadt. und Unterhaltungsblatt

Von der oberen Nagold.

Entscheidungs-Gebühr für Altensteig und nahe Umgebung be einmal. Entscheidung 8 Pfg., bei mehrmal je 8 Pfg., auswärts je 8 Pfg., die ein-spaltige Zeile ober deren Raum.

Berwendbare Beiträge werden dankbar angenommen.

Man abonniert auswärts auf dieses Blatt bei den R. Postämtern und Postboten.

Bekanntmachungen aller Art finden die erfolgreichste Verbreitung.

Amtliches.

Bekanntmachung, betreffend die Landesausstellung von Lehrlingsarbeiten im Jahre 1904.

Die diesjährige Landesausstellung von Lehrlingsarbeiten findet in den Vorhallen des Landes-Gewerbemuseums in Stuttgart statt. Die Ausstellung ist von Sonntag, den 12. Juni d. J. ab zu den gewöhnlichen Besuchsstunden des Museums (Vormittags von 10 bis 5 Uhr, Sonntags von 11 bis 1 Uhr) jedermann unentgeltlich zugänglich. Die Ausstellung wird voraussichtlich bis Sonntag den 3. Juli d. J. einschließlich dauern.

Die Lehrlinge, welche Arbeiten zu der Ausstellung geliefert haben, deren Lehrmeister sowie die Mitglieder der Geiellenprüfungsausschüsse (Meister und Gesellen) genießen auf den R. Württ. Staatsbahnen eine Fahrpreisermäßigung, bezüglich deren folgende nähere Bestimmungen gelten:

- 1) An die genannten Lehrlinge, Lehrmeister und Mitglieder der Geiellenprüfungsausschüsse werden zum Besuch der Ausstellung im Binnenverkehr der R. Württ. Staatsbahnen auf Grund der von der R. Zentralstelle für Gewerbe und Handel ausgestellten Ausweise während der Dauer der Ausstellung einfache Personenzugfahrkarten III. Klasse nach Stuttgart ausgestellt, welche zur taxfreien Rückfahrt innerhalb 3 Tagen berechtigen, wenn die Fahrkarten (auf der Rückseite) vor dem Antritt der Rückfahrt mit dem Ausstellungsstempel versehen worden sind.
- 2) Die Ausweise sind bei der Fahrkartenlösung dem Schalterbeamten behufs der Abstempelung vorzuzeigen.
- 3) Ausgeschlossenen von der genannten Vergünstigung bleiben die Stationen, welche weniger als 20 Kilometer vom Ausstellungsort entfernt sind, sonach alle einfachen Fahrkarten III. Klasse, deren Preis weniger als 70 Pfg. beträgt.
- 4) Bei Benützung von Schnellzügen sind Schnellzugzuschlagarten — je für die Hin- und Rückfahrt — zum vollen Preise zu lösen.
- 5) Der Tag des Besuchs der Ausstellung ist in dem Ausweis von dem Meister, Lehrling oder Mitglied eines Prüfungsausschusses vor Lösung der Fahrkarte einzutragen.
- 6) Der von der R. Zentralstelle für Gewerbe und Handel ausgestellte Ausweis ist behufs Abstempelung der Fahrkarte in der Ausstellung einem der ausführenden Beamten vorzuzeigen.

Meister, Lehrlinge und Mitglieder der Prüfungsausschüsse, welche nach dem Vorstehenden eine Fahrpreisermäßigung erhalten können, wollen sich wegen der Mitteilung eines Ausweises an unser Sekretariat wenden, und zwar Mitglieder der Prüfungsausschüsse ausschließlich durch Vermittlung des Ausschuss-Vorsitzenden. Dabei machen wir darauf aufmerksam, daß die Ausweise auf den Namen zu lauten haben.

Stuttgart, 31. Mai 1904.

Rgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel
M o s t b a f.

Tagespolitik.

Man erinnert sich noch der großen Berliner Banktranche vor 2 und 3 Jahren. Besonders der Fall der Sander-Bank und der Pommerbank erregten Aufsehen; diese Banken galten als bombensicher, weil sie von sehr hohen Herrschaften benutzt wurden. Auch spendeten sowohl die Sander-Banken als die Pommerbank (Direktoren Schulz und Romeid) große Summen für wohltätige Zwecke, Kirchenbauten u. dgl. Die Pommerbank der Herren Schulz und Romeid wurde ob ihrer „Verdienste“ sogar zur „Hofbank der Kaiserin“ erklärt. Diesen Hoflieferantentitel erhielt sie auf Vorschlag des Oberhofmeisters der Kaiserin, des Grafen Mirbach. Umso größer war die Verärgerung, als diese „Hofbank der Kaiserin“, die Pommerbank, dann kurz hinter der Sander-Bank Schiffbruch litt und außer solchen, die es verschmerzen konnten, auch eine Menge kleiner Leute Geld, ja teilweise all ihre Hab und Gut dabei verloren. Einige hochstehende Kunden, welche eine feine Witterung hatten, scheinen sich noch zeitig zurückgezogen zu haben. Es zeigte sich, daß die Bank verschwenderisch gehandelt, faule Geschäfte gemacht und unberechtigterweise große Gewinne verteilt hatte, die aus dem Vermögen der Aktionäre geschöpft worden waren. Nebenbei hatten die Direktoren es verstanden, durch bedenkliche Grundstücksverschiebungen sich auf Kosten der Bank zu Millionären zu machen und recht färslich zu leben. Mit Recht fragte sich natürlich jedermann bei der Katastrophe, wie es komme, daß eine solch innerlich faule Bank durch die Hofmittel-Verleihung in die Lage versetzt worden war, den

Simpelsfang zu treiben. Die Frage blieb unbeantwortet bei dem ersten Prozeß, der gegen die schwindelhaften Direktoren wohl oder übel angestrengt werden mußte. Nach 2jähriger Voruntersuchung und 50tägiger Hauptverhandlung wurde im Juli v. J. die Verhandlung gegen die Pommerbankdirektoren Schulz und Romeid vertagt. Der Prozeß ging aus wie das Hornberger Schießen und das Gericht erklärte sich anerkennend, „auf das unsichere Ergebnis der Hauptverhandlung hin ein Urteil zu fällen.“ So hieß es damals. Scharfe Zungen aber meinten, Frau Justitia wolle dem Pommerbankprozeß aus dem Weg geben, weil sie sich hoher Personen wegen schone, Klarheit in die Sache zu bringen. Seit einigen Wochen ist der vertagte Pommerbankprozeß nun wieder aufgenommen worden, und nunmehr kommt wenigstens etwas Klarheit in die Mischgeschichten, welche der unseligen Bank solang den guten Ruf und Balast verschafft hatten. Einmal zeigte es sich, daß die Bank feile Zeitungen, deren es leider ja auch welche gibt, bestochen hatte, um Gutes über sie zu schreiben, und zweitens zeigte es sich, daß Oberhofmeister Graf Mirbach ganz unsaubere Beziehungen zu der Bank unterhielt, für welche er ihr dann den Titel „Hofbank der Kaiserin“ erwirkte. Mirbach trägt eine gewaltige Schuld. Die Stellung dieses hohen Beamten ist dadurch völlig erschüttert. Zwar hat man ihm noch nicht bewiesen, daß er sich direkt bestochen ließ, allein es genügt schon, wie die Gerichtsverhandlung soeben aus Tageslicht brachte, daß er hohe Summen zu frechtlichen Schenkungen von einer Bank annahm, von welchen Schenkungen er sich doch sagen mußte, daß sie den Aktionären entzogen wurden. Daß die Direktoren Schulz und Romeid nicht Hunderttausende aus der Haut von kleinen Leuten herauskratzen und an ihn verichten konnten, um sich mit dem Hofmittel vergolden zu lassen, mußte er wissen. Es war dies überhaupt zu einer Zeit geschehen, in der schon die Sanderbanken verkracht waren und es sich bereits gezeigt hatte, daß auch diese Banken durch große wohltätige Spenden den Leuten Sand in die Augen gestreut hatten. Das Schlimmste ist noch, daß von den 350 000 Mark, die Oberhofmeister Graf Mirbach von der „Hofbank der Kaiserin“ erhielt, der Verbleib noch gar nicht nachgewiesen ist. Nur von einem kleinen Teil (25 000 M.) liegen Belege vor über wirkliche Verwendung zu den erwähnten frommen Zwecken. Wo der Rest des geschenkten Geldes geblieben, darüber schweigen sowohl Graf Mirbach, als die Direktoren Schulz u. Romeid hartnäckig. Der Skandal wird noch dadurch verstärkt, daß weder der Oberhofmeister noch die „Beschenkten“ die veruntreuten Summen, an denen die Tränen vieler Unglücklichen kleben, zurückgeben! Für christliche Wohltätigkeitszwecke und Kirchenbauten sollte derartige Sündenengel nicht verwendet werden. Wenn es doch geschehen ist, müßte man es sofort heimzahlen, und müßte es aus den Steinquadern der Kirchen herausgepreßt werden, denn auch in diesem Fall heiligt der Zweck die Mittel nicht.

Als vor vierzig Jahren der Engländer Cameron von dem König Theodor von Abyssinien gefangen genommen wurde, da rüstete Großbritannien einen gewaltigen Kriegszug, man drang bis zur Feste Magdala vor, schleifte ihre Mauern und zwang den Negus zum Selbstmord. So hat noch immer das englische Volk, wenn einer seiner Söhne beleidigt worden war, mit der Waffe in der Hand sich Genugthuung verschafft. Daraus respektiert man die britische Nation auch dort, wo man sie haßt. Als im Jahre 1874 nach der Schlacht von Estella der frühere preussische Hauptmann Albert Schmidt auf Befehl des Bräutigams von Carlos erschossen wurde, erzwang Fürst Bismarck die Anerkennung der Regierung des Marichalls Seranno durch alle europäischen und überseeischen Mächte und vernichtete so die letzten Ansichten der karlistischen Partei. Zugleich ließ er durch die Kanonenboote „Nautilus“ und „Albatros“ die Strandbatterien der nordspanischen Häfen unter deutsches Geschützfeuer nehmen und zum Schweigen bringen. Den Zentrumsleuten aber, die solches Vorgehen tabelten, rief er im Reichstage zu: „Es reagen sich in mir bei der Nachricht von der Erschießung des Hauptmanns Schmidt die Erinnerungen an alle Demütigungen, die Deutschland durch seine Zerissenheit früher zu erdulden genötigt worden ist, und ich sagte mir, das Ausland daran zu gewöhnen, daß man auch Deutsche nicht ungestraft ermorden darf.“ Ein Jahr vorher schon hatte er durch den deutschen Korvettenkapitän Berner vor Cartagena das Haupt der Carlisten, Salvez, samt seinem Schiffe abfangen und kriegsgerichtlich behandeln lassen. Für die Ermordung des deutschen Konsuls in Saloniki im Jahre 1876, für das Attentat auf den deutschen Konsul in Nicaragua verschaffte er sich durch Absendung von Kriegsschiffen volle Genugthuung.

Als die belgische Regierung die Aufreizungen der bischöflichen Hirtenbriefe gegen die deutsche Regierung duldet und das von dem Kesselschmied Dachesne gegen den Fürsten Bismarck geplante Attentat ungeahndet ließ, da wurde sie unanfs an ihre internationalen Pflichten erinnert. Auch Fürst Hohenlohe, der in Wirklichkeit noch zu den Schülern Bismarcks gehörte, wenn auch seine Kraft schon geschwächt war, als er das Kanzleramt übernahm, duldet eine Beleidigung der deutschen Ehre nicht und zwang den Sultan von Marokko durch die Entsendung von Kriegsschiffen zu schwerer Sühne dafür, daß der deutsche Kaufmann Rodstroh in seinem Lande ermordet worden war. Als man deshalb von Frankreich her den leisen Versuch machte, Einspruch zu erheben, da gab der alte Staatsmann eine so gepfeifferte Antwort, daß die Herren jenseits der Vogesen die Vorsicht für den besseren Teil der Tapferkeit erklärten und sogar bulde wollten, daß Deutschland zeitweise einen marrokanischen Hafen besetze.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Juni. Interpellation Auer über die preussische Vorlage betr. Vertragsbruch ländlicher Arbeiter. Abg. Stadthagen (Soz.) begründet ausführlich die Interpellation. Die Vorlage verstoße gegen das Reichsgesetz, laufe hinaus auf eine Verurteilung der Arbeiter und verlege die Gleichheit vor dem Gesetz. Staatssekretär Nieberding: Die Auffassung des Reichskanzlers sei in zwei Sätze zu fassen, 1) bei der gegenwärtigen Lage der Reichsgesetzgebung könne es der Landesgesetzgebung nicht verweigert werden, in dem jeweiligen Staatsgebiet strafrechtlich vorzugehen, 2) der preussische Gesetzentwurf sei mit dem Reichsrecht durchaus vereinbar und der Reichskanzler habe daher keine Veranlassung, eine Verlegung des Reichsrechtes zu bezorgen. Es sei allerdings die Grenze zwischen der Kompetenz der Einzelstaaten und der Kompetenz des Reiches in dem Entwurf nicht für alle Fälle mit der Deutlichkeit gezogen, wie es gewünscht werden müßte (Große Heiterkeit) und nach dieser Richtung hin bedürfe daher der Gesetzentwurf einer Korrektur. (Stürmische anhaltende Heiterkeit). Die Regierung sei bereit, den Entwurf zu ändern. Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) erfolgt die Besprechung der Interpellation. Abg. v. Kröcher (Konf.): Das formelle Recht zu dieser Interpellation sei zweifellos, doch könne der sozialdemokratischen Partei nicht zuerkannt werden, hier die Rechte des Reiches zu wahren. Abg. Müller-Reiningen (Fr. Vp.) bezeichnet die Erklärung des Staatssekretärs als die denkbar schärfste Kritik dieses Werkes preussischer Minister. Wo überhaupt ein Rückschritt erfolge, da sei Preußen in Deutschland voran. Dieses Gesetz sei ein Ausnahmengesetz allergrößtenteils gegen die Arbeiter und verstoße in unerhörter Weise gegen das Reichsrecht. Redner verlangt das Koalitionsrecht für die Landarbeiter. Abg. Herold (Z.): Im Abgeordnetenhaus haben wir ausdrücklich eine Revision der preussischen Gesetzeordnung verlangt und betont, daß wir kein Gesetz annehmen wollen, das die Rechte der ländlichen Arbeiter beeinträchtigt und daß wir für eine entsprechende Aenderung des preussischen Entwurfs eintreten wollen, aber der Kampf gegen den Kontraktbruch muß unterstützt werden. Debatte wird in 3. Lesung die Togo-Anleihe genehmigt. Ebenso debattiert in 3. Lesung die Garantie-Vorlage für die ostafrikanische Eisenbahn Dar-es-Salam-Mogoro, und der Servistarif. Die Resolution betr. Revision des Gesetzes über die Natural-Leistungen für die Armee in der Richtung, daß die von den Einquartierungslasten besonders getroffenen Gemeinden entsprechend erhöhte Entschädigungswassätze erhalten, wird einstimmig angenommen. Inzwischen ist eine Vorlage eingegangen betr. Vertagung des Reichstages bis 29. November. Zur 3. Beratung des Gesetzes betr. Kaufmannsgerichte liegt der Kompromissantrag vor, die Wahlaltersgrenze für aktives und passives Wahlrecht wieder auf 25 resp. 30 Jahre zu erhöhen und das aktive Wahlrecht der Frauen zu streichen. Das von den Sozialdemokraten beantragte passive Wahlrecht der Frauen wird abgelehnt, dagegen der Kompromissantrag angenommen. Endlich wird die Noelle zum Reichsstaatsbuch-Gesetz debattiert in 1. und 2. Lesung erledigt. Präsident Graf Ballestrin beraumt die nächste Sitzung mit der Tagesordnung an und sät hinzu, man habe sich vielfach gewundert über den späten Termin in dieser Vorlage, aber der Kaiser habe ja das Recht, den Reichstag schon vor dem 29. November wieder einzuberufen im Falle dringender Vorlagen. Um 8 1/2 Uhr beginnt die hundertste und Schlußsitzung. Auf dem Präsidientisch prangt ein riesiger Blumenstrauß. Die Sitzung dauert nur 5 Minuten und endigt mit einem Hoch auf den Kaiser. Der Reichskanzler verlas die kaiserliche Urkunde, wonach der Reichstag bis 29. November vertagt wird.



Württembergischer Landtag.
Kammer der Abgeordneten.

* Stuttgart, 15. Juni. Zur Beratung stehen in der heutigen Sitzung zunächst der Gesetzentwurf betr. die Fürsorge für nicht pensionsberechtigende Lehrer und Lehrerinnen im Falle der Dienstunfähigkeit. Der einzige Artikel des Gesetzes besagt, daß Lehrer und Lehrerinnen, welche im Staats- oder öffentlichen Schuldienste angestellt, aber nicht Beamte im Sinne des Beamtengesetzes sind, im Falle ihrer Dienstunfähigkeit nach Verlauf von vier Dienstjahren Anspruch auf eine lebenslängliche Unterstützung im Mindestbetrage der Invalidenrente nach den Sätzen der ersten Lohnklasse haben. Nach unweiselicher Debatte wird das Gesetz in erster Lesung angenommen. In der sich gleich darauf anschließenden zweiten Lesung beantragte der Referent Abg. Nieder (Zentr.) auch die an den öffentlichen Bildungsanstalten sowie an ähnlichen privaten Anstalten angestellten Lehrer und Lehrerinnen mit in das Gesetz hineinzunehmen. Um jedoch eine vorherige Besprechung über diese Frage zu ermöglichen, wurde der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt. In einer lebhaften Auseinandersetzung, welche teilweise unter dem Eindruck des Scheiterns der Volksschulnovelle in der ersten Kammer stand, gab eine Eingabe des Stuttgarter Gemeinderats und eines Elternkomitees der städtischen Mädchen-Mittelschule Anlaß. Die Eingabe richtet sich auf Unterstellung dieser Schule unter die Oberstudienbehörde (Ministerialabteilung für die höheren Schulen.) Die Eingabe macht vor allem geltend, daß die bisherige Unterstellung der Schule unter das evangelische Konsistorium mit der starken Betonung des Religionsunterrichts die freie und zeitgemäße Entwicklung der Schule hemme. Die Volksschulkommission hat sich dahin ausgesprochen, daß die Schule nach ihrer Organisation und ihrem Lehrziele nur als eine gehobene Volksschule, nicht als eine höhere Mädchenschule zu betrachten sei. Sie beantragt, die Eingabe der Regierung zur Kenntnisnahme zu übergeben. Abgeordneter Schmidt-Maulbronn (Wp.) befragte seinen bereits in der Kommission gestellten Antrag auf Berücksichtigung der Eingabe, den er aufs neue einbringt. Die Stuttgarter Mädchen-Mittelschule leistet mehr als manche höhere Mädchenschule draußen im Lande, welche der Oberstudienbehörde unterstellt sei. Es sei wünschenswert, daß möglichst viele Schulen der einseitig konfessionellen Schule des Konsistoriums entzogen und der Oberstudienbehörde unterstellt werden, um auf diese Weise allmählich eine einheitliche Oberschulbehörde zu schaffen. Die Mädchen-Mittelschule sei tatsächlich eine Simultananstalt. Als Volksschule könne sie daher ohne Widerspruch mit dem Gesetz nicht behandelt werden. Abg. Hieber (D. P.) spricht für den Kommissionsantrag. Auch der Kultusminister v. Weizsäcker bekämpft den Antrag Schmidt. Die Schule werde freilich auch von einer größeren Anzahl katholischer Mädchen besucht und es funktioniere auch ein katholischer Religionslehrer an der Anstalt. Er begründet das und er glaubt auch nicht, daß der Abg. Schmidt etwas daran ändern wolle. Die Schule sei aber doch eine evangelische Anstalt. Das Volksschulgesetz von 1836 sei in konfessioneller Hinsicht auf die später gegründete Mittelschule nicht anwendbar. Abg. Blumhardt tritt im Namen der Sozialdemokratie für den Antrag Schmidt ein. Abg. v. Kiene (Z.) vermisst bei dieser Schule die Parität gegenüber den Katholiken. Die Stadt Stuttgart habe, da sie von katholischen Eltern um Errichtung einer katholischen Mädchenmittelschule ersucht worden sei, dies abgelehnt. Damit habe sie dem Gesetz nicht entsprochen. Die Katholiken hätten eine besondere Mittelschule zu verlangen. Abg. Schmidt-Maulbronn bespricht die Wichtigkeit dieser Auffassung, da das Gesetz voraussetze, daß die Errichtung einer besonderen konfessionellen Schule wünsche.

Aus der Fremde.
(Fortsetzung.)

Sie sagte sich das und doch vermochte sie es nicht anzuführen. Sie hatte seinen Charakter zu gut erkannt, um nicht zu fürchten, er könne sie trotz ihrer Vergangenheit vielleicht noch lieben, aber nicht zu seinem Weibe machen, der Mann der strengen, unbesleckten Ehrenhaftigkeit, der in ihr das Ideal aller Frauengugend und Reinheit sah, dem die untadelhafte, vom seigesten Makel unberührte Ehre das erste Lebensbedürfnis war.
Erst und entschlossen sah Benno nach Friedental hinüber. Er fühlte selbst, daß er erst jetzt ein Mann geworden war in des Wortes wahrer Bedeutung. Exzellenz war mit seinen Vätern noch beim Tisch und begrüßte seinen Neffen, der ihm — vielleicht freilich nur als Soldat — doch lieber war als der einschmeichelnde Philipp, mit vieler Herzlichkeit. Benno hat Mühe, den vielen Fragen nach dem Pferdehandel auszuweichen und eine gleichgültige Miene zu heucheln, bis der General endlich die Tafel aufhob. Er folgte ihm dann nach dessen Zimmer, während Graf Wyszski und Philipp sich zurückzogen, um Siesta zu halten.
Eine Stunde später ging Benno Auenheim blas, aber nicht wedererschlagen, die breite Alee entlang, welche vom Schloß nach dem Dorfe führte, wo er seinen Wagen stehen hatte. Es war eingetroffen, wie er erwartet hatte, schlimmer noch, der Bruch zwischen Oheim und Neffe entschieden. Exzellenz war starr vor Erstaunen gewesen, hatte entschieden „nein“ gesagt, dann wieder einmal mit Entschiedenheit gedroht und schließlich in seiner verdorbenen, rücksichtslosen Weise die Baronin eine Erzfollette genannt, eine hergelauene Komödiantin, des Namens Auenheim gar nicht würdig und die von heute ab aus seinem Hause für immer völlig ausgeschlossen sei. Benno hatte sich diese Kritik der Geliebten entschieden verbehalten, nicht minder erregt gemurmelt, einen heftigen

Das sei hier nicht nachgewiesen. Minister v. Weizsäcker erklärt, die Regierung könne eine Gemeindevorwaltung zur Errichtung einer zweiten Mittelschule der Minderheitskonfession nicht zwingen, da diese Schulen freiwillig errichtet seien. Abg. Haugmann-Balingen hält die Annahme, daß die Mittelschulen unter das Volksschulgesetz fallen, für willkürlich, es fehle ihnen das Kriterium des Zwanges, welches den Charakter der Volksschule ausmache. Die Haltung der Regierung sei nicht recht verständlich. Auf eine gesetzliche Änderung der Schulaufsicht sei nach den Vorgängen der letzten Zeit wenig Hoffnung. Da sollte man sich doch aber hüten vor einer engherzigen Auffassung in der Abgrenzung der Schulen. Wenn der Geist der Konfessionalität, wie jedoch die Rede des Abg. v. Kiene gezeigt habe, so begierig sei, auch die höheren Schulen an sich zu reißen, so habe man ein um so größeres Interesse daran, sich nicht darauf festzuliegen, daß die Mittelschulen Volksschulen sind. Gerade in dem Sinne sei er für Berücksichtigung der Eingabe. Die hier vorgebrachten Wünsche der Eltern zeigen wieder einmal, daß es den Eltern auf die Konfession der Schule garnicht so sehr ankommt, als auf eine möglichst gute Bildung. Kultusminister v. Weizsäcker bedauert, daß Abg. Haugmann hier diese allgemeine Frage berührt habe. Wenn er auch in der Auffassung der großen Gegensätze auf dem Gebiete der Schule mit ihm der gleichen Ansicht sei, so könne er der Eingabe doch nicht entsprechen, da es nun einmal nach der ganzen Organisation der Schule ihrer Entstehung um der gleichen Lage nicht möglich sei. Nach weiterer Debatte zwischen den Abgg. v. Kiene, Hieber und Kloß, der die Stadt Stuttgart gegen den von Kiene erhobenen Vorwurf der Inparität verteidigt, wird der Antrag Schmidt auf Berücksichtigung gegen die Stimmen der Volkspartei und Sozialdemokraten abgelehnt, der Antrag der Kommission angenommen.

* Stuttgart, 16. Juni. Die Ablehnung der Volksschulnovelle durch die Kammer der Ständeherren hat auch im Abgeordnetenbanke ein Echo gefunden. Und zwar war es ein kräftiges Echo, das aus allen Parteien, vom Zentrum natürlich abgesehen, widerklang, bei den einen Parteien in schärferer, bei den anderen in etwas gedämpfteren Tönen. Die Führung dieser Stellungnahme gegenüber der ersten Kammer übernahm der Abgeordnete Dr. Hieber (D. P.), der als Berichterstatter über die von der Beratung der Schulnovelle her noch unerledigt gebliebenen Petitionen der Volksschullehrer sich hätte verbreiten sollen, der aber sofort zu Beginn seiner Ausführungen, offenbar nach vorangegangener Fühlungnahme mit den anderen Parteien auf die ablehnenden Beschlüsse der Ständeherren zu sprechen kam und dieselben einer in der Form zwar gemäßigten, in der Sache selbst aber um so schärferen Kritik unterzog. Daß diese Kritik, wie auch die der meisten nachfolgenden Redner, nicht bei der Schulnovelle selbst Halt machte, sondern auch eine positive Seite herauskehrte und auf das Gebiet der Verfassungsreform hinübergreifen würde, war vorauszusetzen. Man war daher auch keineswegs überrascht, daß sofort nach den einleitenden Ausführungen Hieber's der Präsident dem Hause einen von den Abgg. Hieber, K. Haugmann und von Sandberger eingereichte Resolution zur Berlesung brachte, durch welche der Regierung nicht nur die Eingabe der Lehrer um zeitgemäße Ausgestaltung der staatlichen Schulaufsicht zur Berücksichtigung empfohlen, sondern auch die Erwartung ausgesprochen wurde, daß es der Regierung gelingen werde, diese Reform gebotenen Falls durch die unverweilt Einleitung der Ber. Revision zur Durchführung zu bringen. In entschiedener Weise wurde Dr. Hieber von dem volksparteilichen Führer Haugmann-Balingen unterstützt, der ausdrücklich hervorhob, daß er den Darlegungen Hieber's ohne jede Reserve beitreten könne. Das bekannte Handschreiben des Königs an den Kultusminister bezeichnete Haugmann als eine besonders wertvolle

Ausdehnung, weil dasselbe gezeigt habe, daß in der Verteilung des Verhaltens der Ständeherren das ganze evangelische Volk Württembergs vom König bis hinüber zur Arbeiterpartei einzig sei. Dabei unterließ es Haugmann auch nicht, mit einigen kräftigen Akzenten die Thronfolgefrage in die Perspektive zu rücken, indem er bemerkte, daß der Geist der Habsburger, der so vielen Erbländern verhängnisvoll geworden sei, ohne die allerschwersten Kämpfe in Württemberg nicht heimlich werden könne. Viel bemerkt wurde auch die Rede des „Schulbräutens“ von Sandberger, der vom Standpunkt des Schulmanns und auch als berufener Vertreter der evangelischen Kirche dem Bedauern über das Scheitern der Novelle Ausdruck verlieh mit den Worten, daß der Tag, an welchem die Novelle von den Ständeherren abgelehnt wurde, als ein schwarzer Tag in den württembergischen Kalender eingetragen werden müsse. Den Standpunkt des Zentrums vertraten die Abgg. Gröber und Rembold-Kalen mit den bekannten Argumenten. Gröber legte den Hauptnachdruck darauf, daß der Durchführung der Verfassungsreform ein schlechter Dienst geleistet werde, wenn man heute schon, wie dies die Sozialdemokraten und auch ein volksparteilicher Redner getan hatten, von der vollständigen Abschaffung der ersten Kammer rede. Der Kultusminister Dr. von Weizsäcker vermied es sorgfältig, auf die von verschiedenen Rednern und auch in der Resolution berührten Frage der Verfassungsreform des näheren einzugehen; immerhin meinte er, daß die Regierung gegen die Resolution nichts einzuwenden haben werde. Mit großer Bestimmtheit erklärte der Minister dagegen, daß mit den in der Schulnovelle angestrebten Reformen, bei welchen sich die Regierung mit dem ganzen Volke eins wisse, nicht länger gezögert werden dürfe und daß die Regierung daher, zunächst wenigstens die Frage prüfen werde, ob diese Reformen zum Teil wenigstens, auf dem Verwaltungsweg durchgeführt werden könne. Nachdem die Sozialdemokraten noch eine Erklärung abgegeben, daß sie die Bestrebungen nach einer fortschrittlichen Verfassungsreform zwar unterstützen, gegenüber einer etwaigen veränderten Zusammensetzung der ersten Kammer die Forderung einer vollständigen Beibehaltung derselben aber mit aller Entschiedenheit verfechten werde, wurde die erwähnte Resolution mit 62 gegen 17 Stimmen, d. h. gegen die Stimmen des Zentrums, mit welchem auch noch zwei ritterchaftliche Abgeordnete stimmten, angenommen. — Ueber den Verlauf der Verhandlung selbst ist noch zu bemerken, daß namentlich gegen das Ende der Beratung sich auf verschiedenen Seiten des Hauses eine nervöse Erregung und Spannung zeigte, die sich in verschiedenen Zwischenrufen Luft machte, so daß sich Präsident Bayer wiederholt veranlaßt sah, zur Ruhe zu mahnen. Die angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut: „Die Kammer der Abgeordneten, nachdem die Kammer der Ständeherren den Gesetzentwurf über das Volksschulwesen zum Fall gebracht hat, den in der Eingabe des württembergischen Volksschullehrervereins und des katholischen Volksschullehrervereins vertretenen Wunsch nach einer zeitgemäßen Gestaltung der staatlichen Aufsicht über die Volksschule der Kgl. Regierung zur Berücksichtigung und spricht die Erwartung aus, daß es der Regierung gelingen werde, diese Reform gebotenen Falls durch unverweilt Einleitung der Verfassungsrevision zur Durchführung zu dringen. Haugmann-Balingen, Hieber, von Geß, von Gemmingen, von Sandberger.“

Landesnachrichten.

* (Strafkammer Tübingen.) Die Verhandlung gegen Kögleswirt Ruffert von Spielberg wegen dem bekannten Gemeinderats-Wahlergebnis am 19. Dezember 1903 endete mit dem Freispruch des Angeklagten.
* Heidenburg, 16. Juni. Anlässlich eines Beleidigungsprozesses des hiesigen Stadtbauameisters wurde in den letzten

Worte folgte ein noch stärkeres und schließlich war er mit einem Lebewohl für immer gegangen. Zum zweiten Male hatte er Heimat und Familie verloren — nun mußte er beides wieder gewinnen: aus eigener Kraft, glücklich, gesicherter; denn was er sich selbst schuf, das konnte ihm niemand mehr rauben. Es freute ihn fast, daß es so gekommen war, so wie ihm auch die Trennung von dem alten, einsamen Manne tat, welchem er lange Jahre hindurch fast ein Sohn gewesen war.
Ein Wagen kam ihm entgegen, zu nahe bereits um noch ausweichen zu können, wie er gern gewollt hätte. Er erkannte sofort die Bonnies und Pranske. Fräulein Eva von Nieding führte selbst die Zügel, neben ihr saß Braut in grauer Joppe, einen verweirerten Jagdbut auf dem Kopfe, ganz und gar Landmann.
Während die zierliche junge Dame sehr gewandt die etwas heftigen Pferde parierte, reichte Braut dem Freunde die Hand und rief: „Weim Sebastian, das heißt lupus in fabula! Wir haben nämlich soeben von Dir gesprochen, natürlich, soweit es meine Cousine betrifft, nur gutes, das beste, so daß ich ordentlich neidisch wurde.“
„Sie sind sehr glütig, meine Damen“, erwiderte Benno, welcher erst jetzt auf dem hinteren Sitze des Amerikan die stolze Gestalt Martina's erkannte. „Ich fürchte nur, auch Sie werden bald anders über mich urteilen.“
„Wieso denn, Freund Benno?“ fragte Eva lächelnd. Zwischen Friedental und Pranske hatte stets ein reger Verkehr geherrscht und die jungen Damen betrachteten ihres Cousin besten Freund, mit welchem sie als Kinder gespielt, hatten und groß geworden waren, fast selbst als Verwandten. Man schließt sich auf dem Lande herzlicher und nachhaltiger an einander an, als in der Stadt.
„Ist denn etwas passiert?“ vervollständigte der rote Braut die Frage seiner Cousine. „Du kommst mir so blaß und seltsam, ich möchte sagen, freisch vor.“

Benno zeigte mit der Hand auf das alte graue Schloß, das sich stützlich über die Baumspitze des Parks hinaus hob: „Ich nehme Abschied, nichts weiter! Der General hat mit mir gebrochen oder ich mit ihm, gleichviel — es ist aus! Leb! alle wohl, wenn wir uns längere Zeit nicht sehen sollten! Ich trete eine größere Reise an.“
Er reichte Eva, dem Freunde und zuletzt Martina die Hand. Die Letztere sah ihn mit weit geöffneten Augen fast entsetzt an, nahm seine Hand fest zwischen die ihrigen und flüsterte: „Benno, um unjurer alten Freundschaft willen, handeln Sie nicht unüberlegt, gehen Sie nicht von hier, wo treue Freunde Ihnen zur Seite stehen. Da draußen in der fremden, kalten, weiten Welt haben Sie niemanden, oder was noch schlimmer, solche Freunde, welche Ihnen nur Unheil bringen werden. O, wüßte ich, wie ich Ihnen einen Trost geben, ja, Sie nur von dieser Reise zurückhalten könnte! Sie gehen ins Unglück, mein Herz sagt es mir.“
Es klang so viel wahre Herzlichkeit, so viel Schmerz und Angst aus ihrer bebenden Stimme — wie ein Ton aus einer reineren Welt drang sie törend in des jungen Mannes schweres Herz.
Auch Braut sagte hinzu: „Marie hat recht! Wer wird denn gleich die Bäckje ins Korn werfen und in die weite Welt hinausklausen, wenn's mal ein Donnerwetter regnet! Weichte nur frisch von der Leber weg, dann bringen wir die Sache wieder ins Lot.“
„Ihr meint es gut“, entgegnete Benno bewegt, „aber helfen könnt Ihr mir nicht. Ich brauche Veränderung, anderes Leben — habt Dank und lebt wohl!“
Er grüßte, sprang über den Graben und schritt eilig auf dem sich abzweigenden Fußwege dem Dorfe zu.
(Fortsetzung folgt.)
* (Farbenblut.) Moderner Maler (der sich in den Finger geschnitten hat): „Ha, was seh' ich! Blaues Blut in meinen Adern?“

A. Forstamt Pfalzgrafenweiler.
**Brennrinde- und
 Reisig-Verkauf**
 am Mittwoch, 22. Juni 1904
 10 Uhr

in der „Schwanen“ zu Pfalzgrafenweiler:
 1) Weichtannebrennrinde aus Abt. 36 Ob. Finstergräble 13, 77 Neugrunt 8, 76 Borb. Reimen-gräbe 2, 78 Hinterer Teichweg 60, 134 Eichenrain 20, 137 Unt. Steinacherteich 15, 150 Neuttersteig 20, 163 Unt. Sulz 75 Km. zur. 231 Km.
 2) Reisig aus Abt. 134, 137, 150, 163: ca. 500 Km. Reisig u. der Schlagraum aus Abt. 137, 150, 163.

Altensteig.
Salatöl.
 Feinst Vorlauf-Rohnöl
 glanzhell in neuen Blechflaschen
 à 5 Liter Inhalt **M. 3.80**
 à 3 „ **M. 2.50**
 bei Nachfüllung bei
 3-5 Liter à —.75
 1 Liter à —.80
 1/2 Liter à —.40
Ia. röll. Fußbodenöl
 bei 5 Pfd. Abnahme à 35.
 Chm. Burhard jr.
 Fr. Flaia, Conditior.

Große Würzkraft!
 Allbewährt
MAGGI'S Würze
 einzig in ihrer Art
 Man benütze den Würzspareer.
 Ein braves
Mädchen
 von achtbaren Eltern wird für kleine
 Haushaltung bis 1 Juli gesucht
 und muß zuweilen auch im Laden
 behilflich sein.
 Frau Kaufm. Kempf
 Calw.

Ich suche nach auswärts auf
 1. Juli ein ordentliches
Mädchen
 nicht unter 20 Jahren, das schon
 gedient hat, bei hohem Lohn.
 Frau Fr. Faust 3. grünen Baum
 Ettmannweiler
 Post Altensteig.

Überarzt Dr. G. Schmidt's
Gehör-Oel
 bewirkt rasch und gründlich
 Taubheit, Ohrenfluss,
 Ohrschmerzen,
 Schwerhörigkeit
 und Gehörlosigkeiten.
 Dr. G. Schmidt
 in Stuttgart.
 Hirsch-Apotheke in Stuttgart.
 30 g Amygd. dulc., 4 g Ol. Cajuput
 2 g Ol. Chamomill., 3 g Ol. Camphere.

BOON'S
 vielfach preisgekrönter
 rein holländischer
CACAO
 Kleinverkauf für Altensteig bei
 G. W. Lutz.

Landw. Bezirksverein Nagold.
**Staatliche Bezirksrindviehschau und
 Prämierung von Mutterschweinen.**

Die Landwirte des Bezirks werden auf die am nächsten
 Dienstag den 21. d. Mts., vormittags 7 1/2 Uhr auf dem Stad-
 tacker in Nagold stattfindenden staatlichen Bezirksrindviehschau
 und Prämierung von Mutterschweinen noch besonders hinge-
 wiesen und zu zahlreicher Teilnahme an diesen Prämierungen eingeladen.
 Die Besitzer von Mutterschweinen, deren Tiere zur Prämie-
 rung angemeldet und anlässlich der Farrenschau besichtigt und zur Prämie-
 rung zugelassen worden sind, werden hiermit noch besonders ange-
 wiesen, ihre Tiere am Dienstag, den 21. d. Mts., bis vormittags
 7 Uhr, nach Nagold auf den Stadtacker zu verbringen.
 Nagold, 17. Juni 1904.

Der Vereinsvorstand:
 Ritter, Oberamtmann.

W. Dengler, Ebhausen
 empfiehlt
**Mähmaschinen
 = Heuwender =**
Heurechen
 in bester Ausführung und billigem Preise.

Rosinen-Abschlag!
 Infolge der guten Obstansichten werden von heute ab
 extra süße großbeerige Rosinen per Ztr. M. 17.—
 Prima gelbe Nersina " " M. 16.—
 " schwarze Gesme " " M. 15 1/2
 abgegeben.
 Nagold. **Christian Schwarz.**
 Telefon Nr. 36.

**Hochfeine
 Nähmaschinen**
 5jähr. Garantie.
 Ft. Treitmäschinen m. f. Kästen
 M. 75,
 Ft. für Fuß- und Handbetrieb
 M. 85,
 Ft. Handmaschinen ohne Kästen
 M. 35, 40, 45, und höher,
 dto. mit Kästen M. 45, 50, 55
 und höher.
 Kataloge stehen kostenlos
 zu Diensten.
 Zuverlässige
 Reparaturwerkstätte.
 Ferner empfehle ich Saison 1904:
Fahrräder erstklassig mit üblicher einjähriger
 Garantie zu M. 100.
 Laufmäntel, Schläuche sowie alle anderen Zubehöriteile billigst.
**Drillinge, ein- u. doppelläufige Jagdflinten, Revolver,
 Zimmerflinten** etc. — Munition für jedes System.
Friedrich Herzog, Calw
 gegenüber dem Gasth. z. Röhle.

**Seifenpulver
 Schneekönig**
 macht blendend weisse Wäsche
 ohne dieser zu schaden,
 erspart Arbeit, Zeit und Geld:
 In den meisten Geschäften zu haben.
 Fabrikant: Carl Gentner, Göttingen.

Schreibhefte
 empfiehlt
W. Rieker, Buchdruckerei.

Altensteig.
Sommerstoff-Hüte
 in weiß, grau & modifarbig
 sind frisch eingetroffen und empfehlen solche billigst.
 Gebr. Walz
 Gut- und Mähengeschäft.

Egenhausen.
 Zur Anfertigung von
Betten
 aller Art
 empfiehlt sich in garantiert guter Fällung bei
 billigster Bedienung
J. Kaltenbach.

Nagold.
Messerwaren jeder Art
 in Transchier- & Tischbestecken, Dessertmesser,
 deutsche u. französische Messermesser, Stähle,
 Gad- und Wiegennmesser
Taschenmesser von 10 Pfg. bis
 6 Mark
 in denkbar bester Sortierung, so daß für alle Zwecke
 geeignete Auswahl vorhanden ist.
 Rasiermesser, Barthobel und Streichriemen,
 Haarschneide- Raschinen und Scheeren,
 Schneider-, Sattler-, Woll- und Pferde-
 scheeren, Baumscheeren und -Sägen, Bohnen-
 hobel und Schnitzler, Fessel-, Zeichen-, Nagel-,
 Knopfloch-, Stid-, Papier-, Taschen- und
 gewöhnliche Scheeren
 in Freudenstädter-, Tuttlinger- und Solingerfabrikaten
 empfiehlt bestes
Jakob Lutz
 Gaiterbacherstraße.

Gute Backeinkäse
 das Pfund zu 23 u. 25 Pfg., vorzüglichste
 fetter Schweizerkäse das Pfund zu 50
 u. 55 Pfg., versendet von ca. 30 Pfund an
 gegen Nachnahme, so lange Vorrat
 G. B. Schmidt in Saulgau, Würt.

Dämpfigkeit
 chronischer Husten der Pferde
 heilbar.
 Erfolg überraschend, Auskurst un-
 sonst. Laboratorium Biedigen, (Gesell-
 schaft u. b. P.), Niederlöhlig, Dresden
Kirchliche Nachrichten.
Sonntag, 19. Juni. 1/10 Uhr
 Predigt 1. Petri 5, 5-11. Lied
 412. Nach der Predigt Gemein-
 deerversammlung. 1 Uhr Christen-
 lehre Mädchen, 2. Hauptst. Dienst-
 tag, 21. Juni, 7 Uhr Kinderlehre,
 jüngere Abt. Bibelstunde fällt
 aus. Freitag, 24. Juni, Feiertag
 Joh. d. T. 9 Uhr Predigt:
 Matth. 4, 1-6.

Fruchtpreise.
 Altensteig.
 Schrammzettel vom 15. Juni 1904.
 Dinkel neuer 6 80 —
 Haber 7 20 7 00 7 —
 Roggen 8 80 —
 Weizen 8 — —

Bittualienpreise.
 1/2 Klg. Butter 80 u. 85 —
 2 Eier 11 —
 Diezu „Der Sonntagsgast“ Nr. 25.
Gestorbene.
 Stuttgart: Dr. med. Gustav Rosenfeld,
 59 Jahre.
 Wehringen: Jakob Högele, pens. Weihen-
 wärter, 78 Jahre.